Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung ‖ 德 華 日 報 ‖ Eingetragen als Zeitung auf dem Chinesischen Postamt.

中華郵政特准掛號立券之報紙

7. Jahrgang | Tientsin, Freitag, den 24. Januar 1936 | Nr. 1631

Der Ausbau des Reiches

Erste Gauleitertagung des Jahres unter dem Vorsitze von Hess

München, den 22. Januar (Transocean C.N.) Unter dem Vorsitze des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, fand am Mittwoch in Anwesenheit aller Reichsleiter, Gauleiter und Amtsleiter der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Partei die erste Gauleitertagung im vierten Jahre der nationalsozialistischen Revolution statt. Der Vormittag stand im Zeichen einer umfangreichen ins Einzelne gehenden Aussprache über eine Reihe aktueller, innerpolitischer Fragen.

Von einzelnen Punkten der Tagesordnung, in deren Mittelpunkt vor allem wirtschaftliche Fragen standen, fanden die mit der deutschen Ernährungslage zusammenhängenden Fragen besonderes Interesse. Es kam zum Ausdrucke, dass die entstandene vorübergehende Verknappung ihren wesentlichen Grund in der durch den nationalsozialistischen Aufbau hervorgerufenen Verbesserung der Lebenshaltung von Millionen Familien gehabt habe, und dass das Verständnis und die innere Haltung des deutschen Volkes in diesen Fragen vorbildlich gewesen seien.

In der nachmittags stattfindenden Reichsleitertagung erstatteten die einzelnen Reichsleiter Bericht über die Lage und die Entwicklung ihrer Tätigkeitsgebiete, wobei erfreuliche Fortschritte der Parteiarbeit im abgelaufenen Jahre festgestellt, aber auch einzelne Schwierigkeiten, welche hier und da vorübergehend zu überwinden waren, einer offenen, aufmerksamen Prüfung unterzogen wurden. Es kam, so schliesst die an die Presse gegebene Verlautbarung, dabei insbesondere der Wille zum Ausdruck, die bewährte Energie und weltauschauliche Kraft der Partei in der Aufwärtsentwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet weiterhin zum vollen Einsatze zu bringen.

Der Ehe wird ihre Bedeutung im Staate gegeben

Berlin, den 22. Januar (Transocean C.N.) Vom Familienrechtsausschusse der Akademie für Deutsches Recht wird jetzt der Entwurf zur Neugestaltung des deutschen Ehescheidungsrechtes veröffentlicht, dessen bemerkenswertester Vorschlag, die Ehescheidung auch auf Antrag des Staatsanwaltes ermöglichen soll.

Der Staatsanwalt soll für die Stellung des Ehescheidungsantrages berechtigt sein, wenn trotz Einvernehmens beider Ehegatten die Ehe derart des sittlichen Gehalts entbehrt, dass daraus der Volksgemeinschaft ein erheblicher Schaden erwächst. Es sei vor allem an jene Ehen zu denken, in welchen beide Ehegatten gemeinsam ein verbrecherisches oder unsittliches Leben führen.

Ehe ist, wie der Akademiebericht feststellt, die von der Volksgemeinschaft anerkannte, auf gegenseitiger Treue, Liebe und Achtung beruhende, dauernde Lebensgemeinschaft zweier rassegleicher, erbgesunder Personen. Ihr Zweck ist die Wahrung und Förderung des Gemeinwohls durch einträchtige Zusammenarbeit ebenso wie die Erzeugung rassegleicher, erbgesunder Kinder und ihre Erziehung zu tüchtigen Volksgenossen.

Mit der Neugestaltung des Eherechts werde der dritte und letzte Akt durchgeführt, welcher die Gemeinschaftsform im nationalsozialistischen Staat regele. In der grossen Volksgemeinschaft sei politische Zuverlässigkeit oberste Richtlinie, innerhalb des Betriebes Gefolgschaftstreue, innerhalb der Ehe, als Urquelle des Volksgedeihens, persönliche Sauberkeit. Damit vollziehe sich die Verwirklichung der sittlichen Forderungen des Nationalsozialismus in allen Dimensionen der völkischen Gemeinschaft.

Verhängnisvolles Treiben gegen das deutsche Volkstum

Willkommene Ablenkung

Völkerbundsrat stürzt sich unter Edens Führung auf Danzig

Genf, den 22. Januar (Transocean C.N.) Bei der Besprechung des Berichts des Hohen Kommissars des Völkerbundes, Lester, über die Vorgänge in der Freien Stadt Danzig während des Jahres 1935, in der Sitzung des Völkerbundrats am Mittwoch, erregte die scharfe Rede Edens in seiner Eigenschaft als Referent für Danzig besonderes Aufsehen.

Zunächst sagte er, er sei sicher, alle seine Kollegen schätzten sich mit ihm zusammen glücklich, dass sie, einen Hohen Kommissar haben, in dessen Unparteilichkeit und klares Urteil sie unbegrenztes Vertrauen setzen könnten. Dann erklärte der britische Aussensekretär, die Lage in Danzig sei äusserst ernst. Es sei bedauerlich, dass der Rat sich wieder mit dem Falle eines Bruches der Verfassung beschäftigen müsse, welche aufrecht zu erhalten er auf Grund der vom Völkerbund gegebenen Zusagen verpflichtet sei. Solange der Völkerbundsrat mit dem guten Willen — er möchte fast sagen, guten Glauben — der Danziger Regierung rechnen könne, sei er sicher, dass die Mitglieder des Rates gern Zeit und Mühe, die ihnen durch Erwägung dieser Fragen mache, aufwenden würden.

Aber die Ereignisse, welche seit dem letzten Bericht vom Dezember eingetreten seien, erregten natürlich Zweifel, ob die Danziger Regierung in diesen Fragen wirklich im Geiste der Treue und des guten Willens handle. Weiter sagte Eden, am 23. Dezember habe der Völkerbundsrat einen Bericht angenommen, der dem Danziger Senat empfahl, die nötigen Massnahmen zu treffen, seine Rechtsordnug zu ändern, um sie mit der Verfassung in Einklang zu bringen. Der Rat sei in jeder Weise zu der Erwartung berechtigt, dass seine Empfehlungen von der Danziger Regierung ehrlich ausgeführt würden, besonders, da sie aufgestellt seien auf Grund einer von drei aussergewöhnlich erfahrenen und fähigen Juristen, von Würtemberg, Köster und Fleiner, und da der Senatspräsident in einer früheren Sitzung dem Rat die Versicherung gegeben habe, dass der Senat in Uebereinstimmung mit den Empfehlungen des Rats geeignete Massnahmen treffen werde.

(Fortsetzung der Telegramme Seite 8)

— und der eigene Verfall

Die französischen Kommunisten erhalten ein Lob aus Moskau

Freuen sich der Anerkennung ihrer Zellen im Heere

Paris, den 22. Januar. (Transocean Central News) Die französische kommunisitsche Partei erhielt heute aus Anlass des Zusammentrittes ihres allgemeinen Kongresses ein Glückwunschtelegramm vom Generalsekretär der Komintern, Genossen Dimitroff. Der Genosse beglückwünscht die Partei zu „den Erfolgen, die sie im Kampfe gegen Faschismus und Reaktion errungen hat".

Im Weiteren sagt die Botschaft, dass „diese Erfolge die Frucht des Kampfes um die Zusammenschweissung der vereinigten proletarischen Front und um die Stärkung des Vorgehens des Arbeitersyndikates im Klassenkampfe" gewesen seien. Die Botschaft schliesst mit der Forderung, alle neuen Rekruten der Partei im Geiste von Lenin und Stalin zu erziehen.

Die kommunistische „L'Humanité" nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Kriegsminister Fabry in der gestrigen Kammersitzung „habe zugeben müssen", dass in der französischen Armee kommunistische Zellen bestehen.

Rücktritt des Lavalkabinettes

Paris, den 22. Januar (Transocean C.N.) Das dritte Lavalkabinett, das am 7. Juni 1935 gebildet wurde, trat nach einer Ministerratssitzung, die im Elysée Palaste unter dem Vorsitz von M. Lebrun stattfand, um 5 Uhr 45 zurück.

Auf der entscheidenden Kabinettssitzung, die um 4 Uhr begann, erklärte zunächst Herriot, wie er es beabsichtigt hatte, seinen Rücktritt. Darauf reichten die anderen radikalsozialistischen Minister, nämlich der Handelsminister Bonnet, der Handelsmarineminister Bertrand und der Innenminister Paganon, jeder sein Rücktrittsgesuch ein. Zum Zeichen seiner Missbilligung des Vorgehens der radikalsozialistischen Minister erklärte der rechtsstehende Minister ohne Portefeuille, Marin, ebenfalls seinen Rücktritt. Die Kabinettsitzung, welche dann die politische Lage besprach, schloss um 5 Uhr, worauf sich alle Minister zum Elysée Palast begaben, wo die Frage der Vertretung Frankreichs bei der Beisetzung des verstorbenen Königs Georg besprochen wurde.

Der Ministerrat beschloss, dass der Präsident der Republik, M. Lebrun, Laval, der Kriegsminister Pietry und Vertreter des Heeres, der Flotte und der Luftwehr unter Marschall Petain, der Beisetzung des Königs beiwohnen sollen.

Nachdem Präsident Lebrun dann den Rücktritt des Kabinetts angenommen hatte, begannen die üblichen Beratungen mit den Führern der verschiedenen politischen Gruppen.

Sofort nach Verlassen des Elysée Palastes wurde Laval von Vertretern der Presse umringt, denen er erklärte, dass er die Aufforderung M. Lebruns, den Versuch zur Bildung einer neuen Regierung zu machen, abgelehnt habe und sich davon auch nicht abbringen lassen werde.

Wie die Sanktionsmächte sich gegenseitig helfen

Paris, den 22. Januar (Transocean Central News) Nach dem „Oeuvre" macht sich in den Kreisen der Abgeordneten des Völkerbundsrates eine Beunruhigung bemerkbar. Diese Beunruhigung hat ihren Grund darin, dass die meisten Abgeordneten den Eindruck haben, dass Frankreich bei der Stellung, die es zum abessinisch-italienischen Konflikte einnimmt, nicht ganz unbeschwerten Herzens die Sache der mitteleuropäischen und Balkan-Verbündeten zu der seinen machen mag. Die Zeitung schreibt, dass diese Völker mit dem Ergebnisse der letzten wirtschaftlichen Verhandlungen wegen der Entschädigung der kleineren Länder für die von ihnen infolge der Sanktionen erfahren Verluste nicht zufrieden sind.

Schliesslich haben die Grossmächte, wie die französische Zeitung schreibt, sich verpflichtet, den mitteleuropäischen und Balkan-Ländern eine bestimmte Warenmenge abzunehmen, um sie damit für den Verlust des italienischen Marktes zu entschädigen. Diese Verhandlungen haben zwar mit Grossbritannien insbesondere im Falle von Jugoslawien zu befriedigendem Ergebnisse geführt. Von Frankreich aber hat Jugoslawien ausser durch einen „französischen Kauf von 11 Pferden" keinerlei Schadloshaltung für die ihm erwachsenden und sich auf viele Millionen belaufenden Verluste erhalten können.

Generalstreik in Syrien

Damaskus, den 22. Januar (Transocean Central News) Nach hier vorliegenden Berichten dauert der Generalstreik in ganz Syrien in unverminderte Stärke an. Er ist als Protest gegen das Vorgehen der französischen Mandats Regierung gegen die nationalen Verbände erklärt worden. Angesichts des Ernstes der von den Behörden verschuldeten Lage werden die Strassen von Damaskus von marokkanischen Reiter- Abteilungen bewacht, Tanks rollen durch die Strassen und Flugzeuge kreisen unaufhörlich über der Stadt.

Bei Zusammenstössen zwischen den Truppen und Kundgebern sollen viele Personen getötet und verwundet sein. Der angerichtete Materialschaden soll erheblich sein.

Kabinett Nessim Pascha zurückgetreten

Vorbedingungen der Verhandlungen mit England

Kairo, den 22. Januar (Transocean C.N.) Das Kabinett Nessim Pascha trat am Mittwoch zurück. Diese Entscheidung fiel in der Ministerratssitzung, nachdem König Fuad eine lange Beratung mit den Parteiführern, einschliesslich dem Führer der Einheitsfront der Aegyptischen Parteien, gehabt hatte.

Der Rücktritt der Regierung bedeutet die Erfüllung des in der Note der britischen Regierung geäusserten Wunsches. In der Note erklärt die britische Regierung ihre Bereitwilligkeit, sofort in Verhandlungen über einen Vertrag zur Regelung der Beziehungen, d..h in der Hauptsache der militärischen und der Sudanfragen, zwischen den beiden Regierungen einzutreten, äussert aber den Wunsch, dass die Vertragsverhandlungen mit einer Regierung geschehen, welche das Vertrauen des ägyptischen Volkes besitze.

Auf das Kabinett Nessim Pascha wird daher ein Kabinett der Einheitspartei folgen, aber der provisorische Führer der Wafd Partei, Nahas Pascha, hat die Bildung der Regierung abgelehnt. Die englische Zeitung „Egyptian Gazette" in Alexandrien meint, dass die britische Note nicht die Billigung der Wafd Partei findet. Entgegen den Erwartungen ist der Wortlaut der Note noch nicht veröffentlicht.

(Fortsetzung der Telegramme Seite 8)